

"Frankreich und Deutschland - eine Geschichte, zwei Erinnerungen" in Le Monde (10. Juni 2000)

Legende: In einem Kommentar zur Rede des Bundesaußenministers Joschka Fischer über die Finalität der europäischen Integration erläutert der Historiker Rudolf von Thadden, Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-französische Zusammenarbeit, in der französischen Tageszeitung Le Monde die unterschiedliche Einstellung der Franzosen und der Deutschen zum Föderalismus.

Quelle: Le Monde. 10.06.2000. Paris. "La France et l'Allemagne, c'est une histoire, deux mémoires", auteur:Leparmentier, Arnaud.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/frankreich_und_deutschland_eine_geschichte_zwei_erinnerungen_in_le_monde_10_juni_2000-de-4541f649-6279-43ae-8bf3-2ee29b353c09.html



Publication date: 05/07/2016

Frankreich und Deutschland – eine Geschichte, zwei Erinnerungen

Der deutsche Außenminister Joschka Fischer hat mit seinem Vorschlag zur Gründung einer europäischen Föderation gemischte Reaktionen in Frankreich hervorgerufen. Wie erklären Sie sich, dass die beiden Länder ein so unterschiedliches Verhältnis zum Begriff Föderalismus haben?

Der Begriff Föderalismus in der Rede des Ministers hat mit der Realität der deutschen Verfassung nichts zu tun. Fischer hat nicht die Absicht, die deutschen Strukturen auf europäische Ebene zu übertragen. Was die geschichtliche Konnotationen angeht, sollte man zwei Punkte besonders beachten: Für die Deutschen erinnert der Föderalismus an den auf dem Wiener Kongress von 1814 gegründeten Deutschen Bund. Dieser sollte die Lücke schließen, die durch den Untergang des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation – 1806 von Napoleon aufgelöst – entstanden war. Der Bund brachte ein wenig Ordnung in das politische Chaos der Epoche, weswegen er positiv besetzt ist. In Frankreich dagegen ist die Föderalismus-Debatte auf den Streit zwischen Girondisten und Jakobinern zurückzuführen. Im Jahr 1792 wollten die Girondisten den Staat dezentralisieren, um den königlichen Absolutismus zu bekämpfen. Ihre jakobinischen Gegner sahen darin jedoch die Gefahr, den Krieg gegen das Europa der Restauration und damit auch die Errungenschaften der Revolution zu verlieren. Die Dezentralisierung bedeutete die Gefahr des Zerfalls der einen und unteilbaren Nation, was auch die negative Konnotation des Föderalismus bei vielen Franzosen erklärt. Die Debatte kam erneut im 19. Jahrhundert auf, als Proudhon dem Jakobinismus in seinem Buch „*Du principe fédératif*“ den Krieg erklärte, in Wirklichkeit jedoch den Kampf gegen den Bonapartismus von Napoléon III. aufnahm. Er übernahm damals einige Elemente des Girondismus und war Wegbereiter des Anarchismus, was auch die zerstörerische Konnotation des Föderalismus in Frankreich erklärt. Größter Gegner Proudhons zu jener Zeit war Karl Marx: In jakobinischer Tradition propagierte Marx die Macht der Arbeitermassen, und dies war über den demokratischen Zentralismus, der Grundlage des Kommunismus, zu erreichen. Dieser Konflikt wird im geteilten Deutschland nach 1945 erneut zu beobachten sein.

Inwiefern hat die Verbundenheit der Deutschen mit dem Föderalismus auch mit der Verfassung der BRD von 1949 zu tun?

Der Bund von 1949 war eine Alternative zur zentralistischen Denkweise des Hitler-Reiches, und sein Erfolg erklärt auch die Verbundenheit der Deutschen mit dem Föderalismus. Während die BRD sich als Föderation neu organisierte, knüpfte die DDR an die zentralistische Tradition der marxistischen Arbeiterbewegung an. Im Jahr 1952 löst sie die Länder Thüringen, Sachsen etc. auf und gründet Bezirke, genau wie Frankreich die Provinzen aufgelöst und durch Departements ersetzt hatte, um so die Erinnerung an das Ancien Régime zu löschen. Nach dem Fall der Berliner Mauer werden die Länder in der ehemaligen DDR neu gegründet, und die Wiedervereinigung findet auf föderaler Grundlage statt. Wieder einmal vereinfacht der Föderalismus die Dinge und stellt eine integrative Kraft in Deutschland dar. Denn die Ostdeutschen, die sich manchmal nur schwer mit den Westdeutschen identifizieren können, können sich mit ihren Ländern identifizieren. Der deutsche Föderalismus verbindet sich hier mit der Tradition des Regionalismus, die für einen französischen Geist akzeptabler als der Föderalismus ist, denn er bedroht weniger die nationale Einheit.

Das hielt Jean-Pierre Chevènement nicht von seiner Aussage ab, Deutschland „träume immer noch vom Heiligen Römischen Reich“. Welche Assoziationen haben die Menschen in den beiden Ländern mit dem Reich?

Für die Deutschen und die Franzosen ist das Heilige Römische Reich gleichbedeutend mit dem Ancien Régime, dem Mittelalter, aber in Deutschland brauchte es keine Revolution, um es zu überwinden. Wenn ein Chevènement von einem Rest deutscher Nostalgie spricht, dann bedauert er, dass die Deutschen keinen so radikalen Bruch herbeigeführt haben wie die Jakobiner mit dem Ancien Régime. Das ist für einen Deutschen nicht nachvollziehbar. Frankreich und Deutschland, das ist eine Geschichte, aber zwei Erinnerungen. Für Frankreich suggeriert das Heilige Römische Reich das Machtstreben Karls V. und seinen Kampf gegen Franz I.. Die Deutschen dagegen denken an den Westfälischen Frieden von 1648 mit dem totalen Zerfall der

deutschen Großmacht, die von den Religionskriegen zerrissen wird. Zu jener Zeit hatten die Franzosen die Deutschen bei der Gurgel gepackt, durch die Annektierung des Elsass, den Einmarsch in die Pfalz und die Zerstörung des Heidelberger Schlosses.

Seit Luther hatte Deutschland unter einem Mangel an Integration gelitten, und Frankreich an einem Überschuss an Integration. Indem die Franzosen Frankreich nach dem Motto „*un roi, une loi, une foi*“ („ein König, ein Gesetz, ein Glaube“) zentralisieren wollten, beseitigten sie schließlich ihre protestantische Minderheit, während das nicht zentralisierte Deutschland einen anderen Weg einschlug und der Westfälische Frieden schließlich die religiöse Heterogenität besiegelte. In den folgenden Jahrhunderten mussten die Franzosen, die endlich einen ultrazentralistischen Staat hatten, große Anstrengungen unternehmen, um zum Pluralismus zu gelangen, während die Deutschen sich weniger bemühen mussten, im Gegenzug aber fürchteten, in einen Zustand der Schwäche zu verfallen.

Kann man Deutschland aber beschuldigen, ein neues Reich aufbauen zu wollen?

Während der Wiedervereinigung hat hier niemand vom Reich oder Imperium gesprochen. Das wiedervereinte Deutschland ist keine Fortführung der Tradition des Reiches. Es unterscheidet sich grundlegend von den Reichen, die per Definition mehrere Nationen, mehrere Völker umfassen, und für die die Sowjetunion das letzte Beispiel war. Zum ersten Mal ist Deutschland ein Nationalstaat, was Frankreich schon lange ist. Es hat sich Frankreich noch weiter angenähert, als es Anfang 2000 das Bodenrecht in sein Staatsbürgerrecht aufgenommen hat. Es ist nicht mehr eine Abstammungsgemeinschaft, sondern eine Bürgernation. Weder Reich noch Abstammungsnation, ist Deutschland eine Nation westlichen Typs geworden.

Wenn man Ihren Definitionen folgt, wie konnte das Reich von Bismarck dann gleichzeitig ein Reich, d.h. heterogen, und trotzdem von seiner Ethnie bestimmt, also homogen, sein?

Das Reich von Bismarck war ein Versuch der politischen Integration der Fürstenstaaten in den ehemaligen Deutschen Bund. Um Bayern, Sachsen, Württemberger, Preußen zusammenzubringen, bot man ihnen eine vorstaatliche Integrationsgrundlage. Daher gab man dem Volk den Vorzug. Gleichzeitig enthielt das Reich einen Staat, der ethnisch nicht homogen war: Preußen zählte seit der Teilung Polens Millionen Polen. Im Ersten Weltkrieg kämpften polnische Einheiten in Verdun als preußische Bürger. Das Reich von Bismarck wies also zwei widersprüchliche Elemente auf: die theoretische Einheit des deutschen Volkes und die reale Vielfalt seiner Bevölkerung. Deshalb wollten Politiker zur Zeit Wilhelms II. diesen Widerspruch durch die Germanisierung Deutschlands auflösen. Ein Intellektueller wie Max Weber wollte aus dem Reich Bismarcks das machen, was wir heute haben, einen Nationalstaat, was es zu jener Zeit aber noch nicht war. Hitler, der Österreicher war, hat dieses Phänomen mit dem Dritten Reich noch weiter zugespitzt. Es blieb nur noch das völkische Denken. Nach seiner Abkehr vom Nationalsozialismus träumte das geteilte Deutschland mit Denkern wie Habermas von einer postnationalen Gesellschaft, die die Nation relativisiert, aber mit der Wiedervereinigung hat es sich im Nationalstaat wiedergefunden.

Welchen Beitrag leistet die Rede von Herrn Fischer?

Das Wesentliche seiner Rede liegt meiner Ansicht nach darin, dass er versucht, den nationalen Gedanken und den postnationalen Gedanken in Europa zu versöhnen. Er erklärt, dass Deutschland seine nationale Identität wieder gefunden hat, ohne jedoch in die nationalistischen und völkischen Traditionen des 19. Jahrhunderts zurück zu verfallen. Er versöhnt Staatsbürgerschaft und Nationalität, was uns näher an Frankreich bringt und uns erlaubt, die beiden deutschen Staaten besser in die Europäische Union zu integrieren.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE ARNAUD LEPARMENTIER